

## Tschechien

VLADIMÍR HANDL / KRISTINA LARISCHOVÁ

Im Juni wurde mit einer nur 58%-igen Wahlbeteiligung ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Anfang Juli trat eine Mitte-Links-Koalition, bestehend aus Sozialdemokraten (CSSD), Christdemokraten (KDU-CSL) und liberaler Freiheitsunion (US-DEU), die Nachfolge der bisherigen sozialdemokratischen Minderheitsregierung an.<sup>1</sup> Das neue Kabinett unter Führung des CSSD-Vorsitzenden Spidla verfügt über nur eine Stimme Mehrheit. Die Regierung zeigte sich aktionsfähig während der Hochwasserkatastrophe (August) und bei der Durchführung des Nato-Gipfels (21.-22.11.). Dennoch gingen ODS und KSCM aus den Senats- und Kommunalwahlen im November gestärkt hervor. Bei der Präsidentenwahl gelang es ihnen im Januar den euroskeptischen Václav Klaus, ehemaliger ODS-Vorsitzender und Premier (1992-1997), als den Nachfolger von Václav Havel gegen die zersplitterte Regierungskoalition durchzusetzen.

Das BIP-Wachstum für 2002 betrug über 2% (um 1,1% weniger als im 2001), bei 2% Inflation und einer Arbeitslosenrate von 9,5%. Ursache für das niedrige Wachstum waren das schleppende Wirtschaftswachstum in Deutschland, die starke Tschechische Krone (CZK) und die Hochwasserkatastrophe. Die wachsende öffentliche Verschuldung (6,4% des BIP) wurde zunehmend zum Problem. Der Bankensektor hat sich weitgehend stabilisiert. Im Jahre 2002 wurde ein Rekordvolumen von Direktinvestitionen von 8,4 Mrd. US-Dollar erreicht.<sup>2</sup> Der starke Kurs der Tschechischen Krone verursachte einen Rückgang der tschechischen EU-Exporte um 2% und der EU-Importe um fast 7%.<sup>3</sup>

Hinsichtlich regionaler Zusammenarbeit unterstützte Prag vor allem die Visegrad-Gruppe (Ansätze der Koordinierung einiger Verhandlungspositionen gegenüber der EU, z.B. im Agrarbereich oder bei Finanzfragen), war aber eher abwartend in der von Österreich initiierten regionalen Partnerschaft.

Die Tschechische Republik (CR) forderte ein klares UN-Mandat für die Kriegsoptionen gegen den Irak. Gleichzeitig unterschrieb Václav Havel, noch als Präsident, den „Brief der Acht“. Die Regierung und der neu gewählte Präsident Klaus distanzieren sich davon. Anders als die USA, betrachteten sie die CR *nicht* als Teil der Anti-Irak-Koalition. Die politischen Parteien waren in ihrer Stellungnahme gespalten. Die CSSD tendierte zu einer „pro-europäischen“ Haltung, während sich die Parteien der rechten Mitte und die ODS mehrheitlich pro-atlantisch orientierten. Ein Entschluss des Abgeordnetenhauses (24.4.2002), vor allem durch die Zusammenarbeit von ODS und KSCM gesichert, suchte den Rechtsstatus der so genannten Benes-Dekrete weiter zu verfestigen.

## DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

### *EU-Debatte und Beziehungen zur EU*

In der EU-Reformdebatte und im Konvent unterstützten die Koalitionsparteien im Prinzip die weitere Vertiefung der EU, inklusive der GASP und ESVP. Die Position der CSSD war den sozialdemokratischen Parteien der kleineren EU-Staaten nahe. Das Außenministerium unterstützte die weitere Vergemeinschaftung der EU. ODS, KSCM und Präsident Klaus lehnten jede EU-Vertiefung sowie eine Weiterentwicklung der GASP und der ESVP ab. Der deutsch-französische Vorschlag einer doppelten Präsidentschaft sowie der französische Vorschlag eines EU-Kongresses fanden keine Unterstützung. Tschechien erklärte sich bereit, der Gruppe der bisweilen zehn kleineren und mittleren EU-Staaten im Konvent beizutreten.

Die gemeinsame Erklärung von Milos Zeman und Kommissar Verheugen (April 2002) sowie die von der Europäischen Kommission beantragte Rechtsexpertise und die Resolution des Europäischen Parlaments bestätigten, dass die Benes-Dekrete kein Hindernis für den Beitritt Tschechiens sind. Präsident Klaus hat in seiner März-Rede einen von dem Europäischen Parlament erwünschten Schritt getan und die Nachkriegstransfers der deutschen Mitbürger „unter heutigem Gesichtspunkt für unannehmbar“ bezeichnet. Trotzdem bekam die CR während des abschließenden Votums des Europäischen Parlaments zur Erweiterung (April 2003) das schlechteste Ergebnis unter allen zehn Kandidaten.

In der Beitrittsfrage blieb die KSCM unter den aktuellen Beitrittsbedingungen ablehnend (ein „weiches Nein“). Alle anderen Parlamentsparteien unterstützten den Beitritt, auch wenn die ODS für den Beitritt nicht werben wollte (ein „weiches Ja“). Nach Umfragen vom März 2003 hätten 59% der Befragten für den EU-Beitritt gestimmt, dagegen wären 22% und 19% geblieben unentschieden. Am meisten befürchtet wurde die Preissteigerung und eine zweitrangige Stellung innerhalb der EU. Auch die Fragen der Vergangenheit in Beziehungen zu Deutschland und Österreich, die ODS-Vorbehalte gegenüber einer zu mächtigen EU sowie die harten Beitrittsbedingungen dämpften die öffentliche Unterstützung des Beitritts. Der Regierungskampagne zum Referendum wurde vorgeworfen, dass sie mit Werbespots Typ „Waschmittel-Werbung“ keine Wählerschaft anzusprechen vermochte.

### *Beitrittsvorbereitungen*

Der allgemein positive Fortschrittsbericht der Kommission für 2002<sup>4</sup> kritisierte die Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Korruption und Wirtschaftskriminalität. Er fordert die Fortsetzung der Reform der Sozialausgaben, mehr Transparenz im Bankenwesen und eine Verbesserung der Überwachung des Finanzsektors. Bei der Rechtsangleichung in den Bereichen öffentliches Auftragswesen, gegenseitige Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise, Veterinärmedizin sowie der Mehrwertsteuer und der Verbrauchssteuern wurden Verzögerungen kritisiert.

Seit Januar 2003 besteht ein oberstes Verwaltungsgericht, das an der Spitze einer zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit steht. Im Mai 2002 trat ein umstrittenes Gesetz zur Selbstverwaltung der Gerichtsbarkeit in Kraft. Die Gesetzesnovelle zur

Tschechischen Nationalbank orientiert sich an der Sicherung der Preise anstatt wie bisher an der Währungsstabilität.

Insgesamt hat die CR bis Anfang 2003 rund 40 Mrd. CZK aus unterschiedlichen EU-Fonds bekommen.<sup>5</sup> Experten erwarten, dass die CR, gleich nach dem Beitritt maximal 50-60% der EU-Fonds ausschöpfen wird.<sup>6</sup> Die EU empfiehlt eine Anzahlreduktion der regionalen Entwicklungsoperationsprogramme auf eins (für die gesamte CR), was von den Regionen kritisch aufgenommen wurde.

Die Zahlungsagentur IACS (Integrated Administrative and Control System) verantwortlich für die Direktzahlungen an die Landwirte, war noch nicht völlig funktionsfähig. Eine neu geschaffene Generaldirektion sollte die Qualität der Staatsverwaltung garantieren und überwachen. Es wurde befürchtet, dass eventuelle weitere schiedsgerichtliche Verfahren den Abschlussbericht der Kommission über die Beitrittsbereitschaft der CR negativ beeinflussen könnten.

### *Beitrittsverhandlungen*

Die öffentliche Debatte über die Verhandlungsergebnisse wurde von rein rechnerischen Überlegungen beherrscht. Die Regierung wurde heftig kritisiert, obwohl sie in der Abschlussphase 83 Mio. Euro zusätzlich zu den 564 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt verhandelt hat. Daneben wird die CR 100 Mio. Euro aus den Strukturfonds als Haushaltskompensationen erhalten, wodurch die drohende Netto-Zahlerstellung des Landes in den ersten Jahren verhindert werden wird. In den Jahren 2004-2006 sollten demnach 747 Mio. Euro nach Tschechien fließen.<sup>7</sup> Die diskriminierende Nizza-Entscheidung über die 20 tschechischen Europaabgeordneten wurde auf 24 Vertreter im Europäischen Parlament korrigiert. Besonders negativ wurde die Übergangsfrist im Kapitel Personenfreizügigkeit von sieben Jahren (2+3+2) wahrgenommen, wobei bilateral eine Liberalisierung eingeleitet werden kann. Obwohl im Bereich Landwirtschaft die schrittweise Erhöhung der Direktzahlungen und Möglichkeit nationaler Zuschüsse vereinbart wurde, wurden die ungleichen Bedingungen von den Landwirten als Bedrohung wahrgenommen. Im Rahmen des Verkehrskapitels hat die CR zuletzt die Übergangsfrist bezüglich Kobotage (innerstaatlicher Lastwagentransport) von bis zu fünf Jahren (2+2+1) akzeptiert und bemühte sich um eine bilaterale Vereinbarung mit Deutschland. Bei der Kapitalfreizügigkeit gilt für die Personen ohne festem Wohnsitz in der CR eine Übergangsfrist auf Erwerb von Forst- und Agrargrundstücken von sieben Jahren. Fünf Jahre gelten für den Erwerb von nicht-residentiellen Immobilien. Im Steuerbereich wurde die niedrige Mehrwertsteuer bei Wärmeenergie und bei den Wohnungsbauarbeiten bis Ende 2007 beibehalten. Bis Ende 2006 bleiben die Verbrauchssteuern auf Zigaretten und Tabakprodukte niedriger als in der EU. Es ist gelungen, zwei Dauerausnahmen aus dem Acquis zu verhandeln: Unternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 35.000 Euro sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, ebenso wie hausgemachte Obstdestillate von der Verbrauchssteuer. Im Kapitel Energie bekam Tschechien eine Übergangsfrist bis Ende 2005 für die Bildung von vollständigen Öl-Notreserven sowie eine Frist bis Ende 2004 für die

## DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Liberalisierung des Gasmarktes. Im Umweltkapitel gibt es eine Übergangsfrist bis Ende 2005 im Bereich der Abfallbeseitigung, eine Frist bis 2010 für die Abwasserkläranlagen in kleinen Gemeinden sowie eine Frist bis Ende 2007 für zwei Unternehmen wegen der Luftverschmutzung. Weiter wurde eine fünfjährige Übergangsregelung für eine schrittweise Zahlung der Beiträge an die Europäische Investitionsbank ausgehandelt.

### *Schlussfolgerungen*

Die CR bleibt eines der am meisten entwickelten Beitrittsländer. Dem entspricht auch der Beitrittsvertrag mit der EU, der aufgrund des angeblich diskriminierenden Finanzpakets von den Medien und der Opposition kritisch wahrgenommen wurde. Auch die auf Vertiefung der EU ausgerichtete Position der Regierungskoalition wurde von der Opposition abgelehnt. Das bevorstehende Referendum zum EU-Beitritt, der Aufstieg der ODS (mit dem neuen Präsidenten im Rücken) sowie der KSCM zwangen die Koalitionspartner zur Geschlossenheit. Vorgezogene Wahlen nach dem Referendum waren nicht auszuschließen. Wirtschaftliche und soziale Probleme, Heterogenität der Regierungskoalition sowie Differenzen innerhalb der CSSD haben die Position der Regierung geschwächt. Die Koalition hat allerdings bei der wichtigsten Aufgabe der tschechischen Europapolitik, dem EU-Beitritt im Mai 2004, sowie im EU-Konvent überwiegend erfolgreich gearbeitet.

### Anmerkungen

- 1 CSSD gewann 30,2%, Wahlkoalition KDU-CSL/US-DEU 14,27, rechtsliberale ODS 24,47% und die kommunistische KSCM überraschend 18,51% der Stimmen.
- 2 In der Periode 1993 – 2001 sind nach Tschechien 26,76 Mrd. USD geflossen.
- 3 Der tschechische EU-Export ist im vorigen Jahr um 2 Prozent auf 856 Mrd. CZK gesunken. Tschechische Presseagentur (CTK), 27.1.2003; die Abnahme des Außenhandels erklärt sich jedoch durch die Berechnungen des Kurses der CZK.
- 4 [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2002/strategy\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2002/strategy_de.pdf)
- 5 Die EU unterstützte Modernisierung der Staatsverwaltung in der CR, CTK, 21.3.2003.
- 6 So Marek, Dan (Universität Olomouc), in: Die CR kann im Jahre 2004 bis 700 Mio. Euro für die regionale Entwicklung bekommen, CTK, 24.4.2002.
- 7 Nach Polen ist es die zweithöchste Summe.

### Weiterführende Literatur

- Königová, Lucie: The Future of Europe Debate in the Czech Republic, in Luif, Paul (Hrsg.): Regional Partnership and the Future of the European Union. Österreichisches Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier 41, November 2002, S. 81-88.
- Policy Papers 2002/2003 und Analyses 2002, herausgegeben vom Europeum – European Policy Forum, Prag, [www.europeum.org/cz/analyzy.asp](http://www.europeum.org/cz/analyzy.asp)
- Sedivy, Jirí: The constraints and the opportunities, in Missiroli, Antonio (Hrsg.), Enlargement and European defence after 11 September, Chaillot Papers, no 53, The European Institute for Security Studies, Paris, June 2002, S. 11-27.
- Khol, Radek: Czech Republic, in Missiroli, Antonio (ed): Bigger EU, wider CFSP, stronger ESDP? The view from Central Europe, Occasional Papers, no 34, Paris: EU ISS, April 2002, S. 26-30.
- Pöschl, Josef: The Czech economy dragging its feet, in: Podkaminer, Leon et al.: wiiw Research Reports No. 293, Feb. 2003, Special issue on transition economies, S. 66-68.